36. Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen

Freitag, 22. Januar 2016, 19:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem 36. Bayerischen Wirtschaftsgespräch, der Premium-Veranstaltung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Ich begrüße

- die anwesenden Abgeordneten aus Bundestag, Landtag und Europaparlament,
- den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes,
- die anwesenden Oberbürgermeister, Landräte und Regierungspräsidenten.

Zudem freue ich mich, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus Präsidien und Vorstände von bayme vbm und vbw so zahlreich erschienen sind.

Sehr herzlich begrüße ich unsere Ehrenpräsidenten Herrn Stärker und Professor Rodenstock sowie die Mitglieder des Ehrensenats.

Begrüßung und Einführung Dr. Schäuble

Unser heutiger Gast ist ohne Frage der wichtigste und einflussreichste Minister im Kabinett der Bundeskanzlerin.

In seiner langen und erfolgreichen Laufbahn als Politiker hat er sich sehr große Verdienste um Deutschland und Europa erworben.

Zudem ist er derzeit auch noch einer der beliebtesten Politiker Deutschlands.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute den Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble bei uns begrüßen zu dürfen.

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, herzlichen Dank für Ihr Kommen. *(Applaus)*

An der großen Teilnehmerzahl sehen Sie, welche enorme Magnetwirkung Sie haben.

Der heutige Abend ist eine der bestbesuchten Veranstaltungen, die es je bei uns gab!

Europa

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, Sie sind durch und durch Europäer.

Gleichgültig, welches Amt Sie inne hatten, Europa war für sie immer ein Ansporn, eine Aufgabe, eine Mission – von Ihrem Modell des Europas der zwei Geschwindigkeiten im Jahr 1994 bis zu Ihren Plänen aus dem vergangenen Jahr, die Stellung der EU-Kommission neu zu definieren.

Auch wir von der bayerischen Wirtschaft sind überzeugte Europäer.

Wir wollen – wie Sie – ein starkes Europa und ein besseres Europa.

Deshalb sind wir über den gegenwärtig schlechten Zustand der EU sehr besorgt.

Schonungslos wie vielleicht nie zuvor hat das Jahr 2015 gezeigt, vor welch‘ großen Herausforderungen und Differenzen die Europäische Union steht.

Die Uneinigkeit in der Flüchtlingspolitik und die Finanzkrise – Stichwort Griechenland – sind dabei nur zwei Beispiele.

Finanzkrise

Wir sind überzeugt: Finanzielle Hilfen und absichernde Maßnahmen für ein EU-Mitgliedsland kann und darf es nur dann geben, wenn es im Gegenzug Verantwortung für sich übernimmt und notwendige Reformen durchführt.

Wir möchten uns bei Ihnen, Herr Dr. Schäuble, für Ihren diesbezüglich klaren Kurs in der EU-Finanzkrise bedanken.

Keine Fiskalunion

Das Prinzip der Eigenverantwortung spricht auch gegen eine Fiskalunion in Europa, wie sie derzeit diskutiert wird.

- Eine gemeinsame Einlagensicherung,
- ein gemeinsames Finanzministerium,
- ein gemeinsames Budget,
- gemeinsame Schuldverschreibungen sowie

- eine gemeinsame Europäische Arbeitslosenversicherung

bringen im Wesentlichen mehr Transferpotenzial, anstatt uns strukturell zu stärken. Das darf es nicht geben.

Diese Maßnahmen nehmen von EU-Ländern mit wenig Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und hohen Schulden den Druck, die notwendigen Reformen durchzuführen.

Innenpolitik

Jetzt zur deutschen Politik.

Wir freuen uns mit Ihnen, dass es gelungen ist, einen Bundeshaushalt ohne Schulden zu erreichen – und das wie versprochen ohne Steuererhöhungen.

Im vergangenen Jahr konnten sogar 12,1 Milliarden Euro Überschuss erwirtschaftet werden.

Wir bestärken Sie in Ihrem Ziel, auch 2016 auf neue Schulden zu verzichten – wenngleich wir wissen, dass das angesichts der zusätzlichen

Kosten im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom nicht einfach wird.

Sehr geehrter Herr Minister,

die gute Haushaltssituation ist auch Folge der Agenda 2010, die wirtschaftlichen Erfolg und eine hohe Beschäftigung gebracht hat.

Leider wird die Agenda 2010 Stück für Stück zurückgenommen.

Es kein Geheimnis, dass die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Großen Koalition bei uns keine Begeisterungstürme entfacht.

Mindestlohn, Rente mit 63, Frauenquote, die hohen Kosten der Energiewende, aktuell die Pläne zur Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen sowie zur Entgeltgleichheit – das alles geht in unseren Augen in die falsche Richtung.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung in der zweiten Halbzeit ihrer Legislaturperiode den Anliegen der Wirtschaft mehr Gehör schenkt als bisher.

Die vbw ist überzeugt: Wir müssen uns um die Themen unserer Agenda 2020 kümmern.

Nur so können wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

Und das ist schließlich die Voraussetzung dafür, dass wir die Arbeitsplätze in Deutschland langfristig sichern und die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt klappt.

Kernpunkte unserer Agenda 2020 sind:

- Investitionen in Infrastruktur,
- wettbewerbsfähige Arbeitskosten und flexible Arbeitsmärkte,
- ein leistungsfähigeres Bildungssystem
- die Förderung von F+E und Innovation sowie
- die Digitalisierung und Industrie 4.0.

Angesichts der schon lange anhaltenden Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft gehören dazu auch

- die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung,
- die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

Erbschaftsteuerreform

Für die von vielen mittelständischen Familienunternehmen geprägte bayerische Wirtschaft sind zudem Nachbesserungen an dem Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuerreform von besonderer Bedeutung.

Insbesondere sehen wir den geplanten Zugriff auf das Vermögen des Erben und die Bindungsfristen sehr kritisch.

Darüber hinaus gibt es etliche Punkte, die den Entwurf aus unserer Sicht sogar grundlegend in Frage stellen.

Wir setzen darauf, dass das Bundesfinanzministerium den Bundestag dabei unterstützt, bei diesen Punkten nachzubessern.

Flüchtlingskrise

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble,

Sie haben vor kurzem an die Wirtschaft appelliert, ihre Verantwortung bei der Integration der Flüchtlinge wahrzunehmen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, die politische Verantwortung so wahrzunehmen, dass der Flüchtlingsstrom im neuen Jahr deutlich nachlässt.

Es wird in unseren Augen hier viel zu viel diskutiert und viel zu wenig gehandelt.

Ohne eine Verringerung des Zustroms kann die Integration der Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit nicht gelingen.

Die vbw stellt sich zusammen mit der bayerischen Staatsregierung, der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern im Freistaat dieser Verantwortung.

Wir haben uns gemeinsam das Ziel gesetzt,

- bis Ende 2016 20.000 Flüchtlingen einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten und

- bis Ende 2019 60.000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Um das zu schaffen, hat die vbw ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgesetzt, das aus insgesamt 12 Einzelprojekten besteht.

Die Projekte beinhalten Maßnahmen zur

- Berufsorientierung,
- Ausbildung und zur
- Integration in den Arbeitsmarkt

mit dem Ziel, die Integrationszeit so weit wie möglich zu verkürzen.

Alles in allem werden in Bayern dafür ca. 100 Millionen Euro aufgewendet.

Aus eigenen Mitteln der Verbände setzen wir für diese Projekte insgesamt 6,7 Millionen Euro ein.

Schluss

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Schäuble,

so viel zu unseren Wünschen und Sorgen.

Ich freue mich auf Ihre Ausführungen.